

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

30. Woche für die Zeit vom 24. bis 30. Juli 1897.

Posen, 2. August 1897.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 168 des Gonicz Wielkopolski
vom 27. Juli 1897:

Das Vereinsgesetz.

Eine Niederlage haben wir erlitten — so können die Anhänger des Freiherrn v. d. Recke'schen Maulkorbgesetzes sagen. Sie machten gute Miene zum bösen Spiel, denn nach der Rede des Herrn Ministers des Innern schöpften sie einigermaßen Hoffnung. Nach den Reden jedoch der Abgeordneten Dr. Pieber und Richter, und nachdem sie sich von der Gesinnung des Hauses und dem Eindruck, welchen die Reden auf die noch schwankenden Mitglieder des Hauses gemacht, überzeugt hatten, gaben sie den Sieg auf und mußten sich selbst sagen: Wir haben die Schlacht, zu der wir so viel Kriegsmaterial zusammengebracht haben, verloren. Die Gegner des Gesetzes aber können sich beglückwünschen.

Der Sieg der Gegner dieser Vorlage muß in erster Linie den Abgeordneten selbst, sodann aber auch denjenigen Männern zugeschrieben werden, die in den Blättern wie auch in öffentlichen Versammlungen für die gute Sache warm eingetreten sind. Die ausdauernde publizistische Kraft der katholischen und freisinnigen Blätter hat nicht wenig zu dem Triumph beigetragen und die von Professor Reinhold in Wiesbaden gehaltenen Rede hat den in den Deutschen halb eingeschlummerten freiheitlichen Geist wieder vollends aufgeweckt. Die Gegner dieser Vorlage verdanken ihre Triumphe der eigenen Ausdauer, die auch die Polen sich anzueignen bestrebt sein sollten, um aus der gegen sie in Szene gesetzten Hezke unbeschädigt herauszukommen.

Uns Polen kann eigentlich das Nichtzustandekommen des Maulkorbgesetzes gleichgültig sein, wir freuen uns jedoch über den Sieg der guten Sache, denn wir traten für dieselbe sogar mit unserm Blute ein, indem wir für Freiheit und Zivilisation der westlichen europäischen Völker kämpften. Auch unseren Abgeordneten sprechen wir hiermit unsern innigsten Dank aus, daß sie durch ihr vollzähliges Erscheinen die gerechte und gute Sache zum Siege verhalfen. Aus den Reihen der Liberalen flohen zwei, aus dem Centrum vier, von denen drei zu ihren konservativen Freunden übergingen. Einer entschuldigte seine Abwesenheit, seiner Partei gegenüber. Unsere Abgeordneten erschienen vollzählig; dafür gebührt ihnen Anerkennung und Dank.

Aus Nr. 168 des Dziennik Poznański
vom 27. Juli 1897:

Finita la comedia.

(Schluß.)

Die Ueberschrift, welche wir diesem Artikel geben, ist deshalb als vollständig gerechtfertigt anzusehen, weil, obwohl das Gesetz, welches durch beinahe ein halbes Jahr die Aufmerksamkeit nicht nur der Regierung und der Abgeordneten, sondern auch der ganzen politischen Gesellschaft auf sich gelenkt hatte, sehr ernsten und weittragenden Inhalts war, dennoch verschiedene im Lauf der Zeit zu Tage tretende Bestrebungen vielfach nicht den Stempel eines fröhlichen Lustspiels, sondern einer Karrikaturfarce trugen. Da in derselben hohe Würdenträger, namentlich aber der Herr Minister des Innern eine wenig ehrenvolle Rolle spielte, so muß derselbe eine solche Wendung der Dinge schon sich selbst zuschreiben. Die Unterstützung des Herrenhauses erwies sich als ebenso trügerisch, wie alle Versuche und Kniffe, um sogar die kleine Mehrheit, welche im Abgeordnetenhaus den Gesetzentwürfen des Herrn Ministers v. d. Recke sich in den Weg stellte, zu erschüttern. Die Zersplitterung der nationalliberalen Partei herbeizuführen, resp. einen Theil zu den Anhängern des Gesetzes herüberzuziehen oder wenigstens doch zur Enthaltung von der Abstimmung durch Abwesenheit zu bewegen, schlug, trotz der entgegenkommenden Thätigkeit des Freiherrn v. Stumm unter den reichen Industriellen der Rheinprovinz, gänzlich fehl, ebenso wie die gleichzeitige, nach dieser Richtung hin entwickelte publizistische Agitation vergeblich war. Der ganze Erfolg des politischen, eigenartigen Feldzuges war die Stimme des Mitglieds der national-liberalen Partei, Herrn Schoofs, welcher die Reihen der für die lex Recke stimmenden Abgeordneten vermehrte. Und wenn auch nur eine ganz geringe Mehrheit das Attentat des Ministers gegen die Vereins- und Versammlungsfreiheit zu nichte machte (von 414 Stimmen fielen 209 gegen und 205 Stimmen für das Gesetz) so ist doch der Sieg von einer um so größeren Tragweite, je heißer und von je einflußreicheren Personen die Bemühungen in Betreff des Durchbringens des Gesetzes unterstützt waren, welches nicht nur den Sozialdemokraten und den Polen, sondern auch der durch die Verfassung gesicherten bürgerlichen Freiheit gefährdend war. Die Niederlage, welche die Regierung, namentlich aber Herr v. d. Recke und der ihn allerdings mit gewisser Vorsicht unterstützende Herr v. Miquel in sittlicher Beziehung erlitten haben, war jedoch viel empfindlicher. Die dialektischen und politischen Schläge, an welchen den Herrn Ministern und deren Anhängern gegenüber die Redner der

Opposition, die Herren Hobrecht und Krause, namentlich die Abgeordneten Lieber und Richter es nicht haben fehlen lassen, machen den davongetragenen, obwohl der Zahl nach geringen Sieg bedeutend größer. Und wer weiß, ob sich nicht die Vorherfügungen derjenigen erfüllen werden, die da behaupten, daß die Tage des Herrn v. d. Recke als Minister des Innern gezählt sind. Wiewohl es verfrüht wäre, allzulaut die Triumphposaunen ertönen zu lassen, und mit Sicherheit angenommen werden kann, daß die Praktiken des Herrn Ministers und seiner Untergebenen, solange dieselben das Steuer der inneren Angelegenheiten in ihrer Hand halten werden, sich nicht ändern werden, so bleibt doch für die zu den verfassungsmäßigen Freiheiten treu stehende Bevölkerung die Freude, daß das grundsätzliche Attentat gegen die Freiheit für jetzt entschieden zurückgewiesen wurde.

In seiner nächstfolgenden Nr. 169 vom 28. Juli 1897 schreibt der Dziennik Poznański Folgendes:

„Wie gewöhnlich die Besiegten, so tröstet sich auch hier die große Minderheit mit der Zukunft, mit dem Gedanken der Vergeltung. Dieselbe könnte allerdings schon in der nächsten Tagung des Hauses nach Neujahr und vor den im Herbst stattfindenden Wahlen erfolgen. Die neue reaktionäre Strömung wird sich dann auch zweifellos mit dem Einbringen einer neuen Vorlage beeilen, denn nach den Wahlen wird das Durchbringen eines solchen Antrages die Aussicht auf Erfolg vollständig verlieren. Man braucht gar nicht hellsehend zu sein, um an den Fingern abzuzählen, daß die nächsten Wahlen im Sinne der Opposition ausfallen werden und wenn die Nationalliberalen bei der Fahne der „Freiheit“ ausharren, so geschah dies nicht deshalb, daß sie die Freiheit grundsätzlich lieb gewonnen hatten, sondern, weil sie befürchten, bei den nächsten Wahlen alle Mandate zu verlieren. Wir wollen hoffen, daß der nächste Feldzug gegen die Vereinsfreiheit keinen größeren Erfolg, wie in diesem Jahre haben werde. Daß derselbe von Neuem aufgenommen werden wird, scheint keinem Zweifel zu unterliegen. . .

Was uns anbetrifft, so freuen wir uns natürlich, daß die Sache der Freiheit, obwohl mit geringer Mehrheit, einen so großen Triumph feiert, denn wir sind stets für Freiheit, für Recht und Gleichheit vor dem Gesetz. Wir wissen aber auch, daß der Sieg der Freiheit unsere Lage in nichts ändern wird, denn wenn die Verfolgung des Polenthums und der polnischen, nach außen auftretenden Vereine eine beschlossene Sache ist, so wird dieselbe ruhig ihren Gang weiter gehen. Die Nachrichten, die wir heute erhalten, beweisen, daß vorläufig sich noch nichts zu unsern Gunsten geändert hat und daß wir jetzt sogar bis zum Monat Januar t. J. werden warten müssen, um uns mit der Anfrage an den Landtag zu wenden, auf welcher Unterlage das geschieht, was geschieht. Wir wissen also, daß die im Abgeordnetenhaus erlittene Niederlage der Reaktion uns nur relativ zum Vortheil gereicht und unsere gänzliche Niederwerfung weiter in die Zukunft hinauschiebt, die Vorbereitungen indeß zu dieser Niederwerfung ruhig ihren Gang weiter gehen, bis sich im Abgeordnetenhaus jene kleine Mehrheit zur Durchführung der großen Reaktion gefunden hat. Dies Alles ist uns sehr klar, doch Eines ist uns nicht deutlich in den Absichten unserer Gegner, nämlich die Frechheit, mit der sie auftreten, indem sie behaupten, daß wir mit der Absicht umgingen, auf einmal einige Provinzen von der preussischen Monarchie loszureißen. Eine derartige Zumuthung ist sowohl unsinnig als auch nichtsmüßig. Unsinnig deshalb, weil doch kein vernünftiger und unvoreingenommener Mensch annehmen

kann, wir wollten und könnten von Puzig bis Miskowitz ein selbständiges polnisches Reich gründen? Und losreißen? Für wen sollten wir uns losreißen? Weder Oesterreich noch Rußland blicken mit begehrllichem Auge nach den preussischen Grenzprovinzen mit polnischer Bevölkerung und — gelinde gesagt — dieselben würden sich schön bei uns für die Absichten bedanken, die den europäischen Frieden mehr wie Kreta und Thessalien bedrohen würden. Unsere Gegner machen sich daher bewußt einer nicht nur unsinnigen, sondern auch nichtswürdigen Zumuthung schuldig, denn, indem sie wissen, daß sie Unwahres verkünden, bedienen sie sich desselben zur Schürung des Hasses gegen uns. Soll das die künftige Einigkeit sein, daß man uns mit Gewalt zum Landesverrath drängt, an den wir garnicht denken und den wir garnicht wollen? Es wäre jedoch gut, wenn diese Herren möglichst oft mit ihrer sinnlosen und nichtsnützigen Verdächtigung auftreten möchten, denn desto schneller wird sich dieses edle Mittel verbrauchen. Schon jetzt beginnt eine Reaktion in der deutschen Meinung wach zu werden. Die vernünftigen Deutschen lachen hierzulande über das hafatistische Märchen, im Abgeordnetenhaus aber trat der Abgeordnete Lieber so entschieden gegen dasselbe auf, daß unser Redner sich nur auf dessen Ausführungen berufen konnte. Die Herren S.-K.-Listen können mit diesen Schreckbildern kämpfen, doch wir sind fest davon überzeugt, daß sich kein preussisches Gericht bereit finden würde, auf Grund der v. Zedlitzschen Argumente zu erkennen, daß unsere Industrie-, Sokol- pp. Vereine die Losreißung eines Theiles der preussischen Monarchie vorbereiten. . .

Aus Nr. 163 des Goniec Wielkopolski vom 21. Juli 1897:

Die Verwaltung des polnischen Nationalmuseums in Rapperswyl

in der Schweiz zeigt in polnischen Blättern an, daß das zwecks Aufnahme des Herzens Kosciuszko's im Museum hergerichtete Mausoleum am 11. August d. J. werde eingeweiht werden. Es wird zur Theilnahme an diesem Akt aufgefordert. Der Goniec fragt, ob der preussische Landestheil zu dieser Feier keine Delegirten entsenden werde. Im Verwaltungsrath und unter den Ehrenmitgliedern befanden sich einige Groppolen. Auch amerikanische und galizische Polen würden sich an der Feier betheiligen, und es sei also den Landsleuten von hier Gelegenheit geboten, mit denselben Bruderbande anzuknüpfen.

Aus Nr. 164 des Goniec Wielkopolski vom 22. Juli 1897:

Fürst Zmerzynski

soll Herrn v. Zagow versprochen haben, daß er den Bau einer Eisenbahn nach der preussischen Grenze befürworten werde. Der zuvorkommende Fürst wird sein Versprechen sicherlich halten, es ist jedoch die Frage, ob er dadurch dem Zaren nicht zu nahe treten werde.

Aus Nr. 164 des Goniec Wielkopolski vom 22. Juli 1897:

Aus dem Jahresbericht des Posener Sokolvereins.

Unsere Thätigkeit.

Der Zweck und die Aufgabe des Vereins ist die physische Bildung des Körpers, die Entwicklung der Kräfte, der Gewandtheit und Abhärtung mit

Hilfe gymnastischer Uebungen, sowie die Pflege der Grundsätze der Gleichheit, des Gehorsams und der Zucht innerhalb unseres Vereins, — dies ist das Gebiet, auf welchem sich unsere Thätigkeit bewegt. Es wurden Stimmen laut, daß zu der Lässigkeit beim Besuch der Turnübungen die unbequeme und weit entfernte Lage des Turnsaales und die späte Abendstunde viel beigetragen haben. Wir sind jedoch überzeugt, daß bei etwas gutem Willen, bei einiger Lust und Liebe zur Sache, vor Allem aber bei der so zugänglichen und entschiedenen Turnerpflcht jegliche Schwierigkeit der Ueberwindung dieser Unbequemlichkeiten für jeden tüchtigen Turner verschwinden müßte. Wir gingen deshalb energisch, wenn auch mitunter mit lebhaftem Bedauern an die uns überwiesene Pflicht heran und fingen solche Turner aus unserer Mitte zu streichen an, die weder die Vereinsfakungen, noch die wiederholten Ermahnungen des Turnwarts zur Erfüllung ihrer Turnerpflchten zu bewegen vermochten. Abgesehen von dem geringen Rückgang der Mitgliederzahl, können wir schon jetzt eine lebhaftere Bethheiligung an den Turnübungen feststellen. Namentlich vermehren die jetzt eintretenden jüngeren Mitglieder, die nunmehr nur unter der Bedingung ihrer Bethheiligung an den Turnübungen angenommen werden dürfen, nicht nur durch ihre Namen, sondern auch durch wirkliche Bethheiligung unsere Reihen. Auch müßte den älteren Vereinsmitgliedern der Turnsaal jetzt weniger fremd sein und sie müßten pflichtgemäß wenigstens zweimal im Jahre die Uebungen besuchen. Leider läßt der Begriff dieser Pflicht, trotz der aufs Aeußerste reduzierten Anforderungen, viel zu wünschen übrig. Gerade diejenigen Vereinsmitglieder, die wegen ihres Lebensalters und ihrer Erfahrung die Führerrolle unter der Jugend übernehmen müßten, sollten nicht vergessen, daß nicht sowohl die mündlichen Ermahnungen, Bitten und Verweise den Jüngeren so sehr den Weg zeigen werden, als das gute aktive Beispiel, welches die Jugend weit eher zu begreifen und zu schätzen versteht. Unserer Ansicht nach ist es uns in diesem Jahre durch Einführung einer interessanten Neuerung in unserer Gymnastik gelungen, gerade für die älteren Vereinsmitglieder eine Uebung ausfindig zu machen, die sie zahlreich und mit Vergnügen besuchen werden. Es sind dies die Keulenübungen. Wir haben bis jetzt 45 Paare kommen lassen und haben für diese Turner eine besondere Stunde, jeden Mittwoch von 8 bis 9 Uhr Abends, in dem Saale der Mittelschule eingeführt. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß unsere Bemühungen nicht vergebliche sein werden und daß namentlich die älteren Vereinsmitglieder uns in unseren Erwartungen nicht täuschen werden.

Im Anschluß an die Turnübungen wollen wir mit Vergnügen einer umfangreichen literarischen Arbeit unserer Führer auf dem Gebiete des Sokolturnwesens erwähnen. Diese Vereinsmitglieder haben ein Werkchen, betitelt: „Der Unterricht in der Gymnastik“ herausgegeben, welches, sehr genau durchdacht und ausgearbeitet, ein vorzügliches Handbuch nicht nur für die Turner, sondern auch namentlich für die Turnwarte und die Leiter der Turnübungen darstellt. Dieses kleine Werk ist im Verlage des Vereins erschienen und ist bei dem Vereinsrendanten Kameraden Preiß, St. Martinstraße Nr. 1 für 50 Pf. zu haben. Wir empfehlen nochmals an dieser Stelle allen Sokolturnern diese Druckschrift. *)

*) Der Zeitsaden ist hier angekauft worden; derselbe zerfällt in zwei Abtheilungen. Der erste Theil enthält Anweisungen für die Freiübungen, der zweite für die Uebungen an Turngeräthen — mit zusammen 495 Abbildungen, welche die verschiedenen Körperbewegungen, Griffe u. s. w. darstellen. — (Anmerkung der Redaktion des Gesamtüberblicks über die polnische Tagesliteratur. Portajzewicz, Polizei-Inspektor.)

Das unberechtigte Anlegen des Sokolanzuges seitens der Vereinsmitglieder hat uns im vergangenen Jahre wiederholt zum energischen Einschreiten, ja sogar zu Straffestsetzungen Veranlassung gegeben. Unsere Tracht, die uns das öffentliche Kennzeichen des Sokols ausprägt, macht uns naturgemäß die Vertretung des Vereins und des ganzen Sokolthums zur Pflicht, läßt das Verhalten einer wohlwollenden und einer mißgünstigen Kritik unterziehen und dient dazu, daß aus dem Verhalten eines Sokols über das ganze Sokolthum geurtheilt wird. Die Tracht müßte für jeden Turner ein Heiligthum sein, über dessen würdige Benutzung nicht nur das Vereinsmitglied, welches dasselbe angethan hat, sondern auch der ganze Sokolverein zu überwachen verpflichtet ist. Den in letzter Zeit vorgekommenen Mißbräuchen gegenüber waren wir genöthigt, in Betreff des Tragens dieser Tracht folgende Bestimmungen zu erlassen: „Ohne die Erlaubniß des Vereinsausschusses darf kein Vereinsmitglied die Sokoltracht anlegen. Der Ausschuß ertheilt vor den Sokolfesten diesbezügliche Weisungen.“

Mit der Angelegenheit betreffend den Turnsaal haben wir uns eifrig und fortwährend beschäftigt und mitunter hatte es den Anschein, als sollte es zu einem entschiedenen Schritt kommen. Es zeigte sich jedoch immer, daß wir mit unserem verhältnißmäßig kleinen Kapital nichts anfangen können. Alle sonstigen Hoffnungen und Berechnungen täuschten.

Zum Schluß unseres Berichtes wollen wir den unangenehmen Eindruck nicht unerwähnt lassen, welcher sich unserer bemächtigte, als wir uns über ein halbes Jahr vergeblich nach einem willigen Kandidaten zur Uebernahme des Vereinsvorsizes umschauten. Wir lassen uns jedoch durch nichts abschrecken und arbeiten, gestützt auf die strenge Zucht und Ordnung des Sokolvereins, auf dem gesetzlich vorgeschriebenen Wege um so ruhiger und ausdauernder, und wenn verschiedene Strömungen unsere Reihen auch lichter machen sollten, achten wir nicht auf die Zahl, sondern auf die Tüchtigkeit und die innere Gediegenheit. Seien wir lieber eine handvoll Pfeffer, als ein Quart Mohnkörner in der Gesellschaft.

Aus Nr. 89 der Praca
vom 25. Juli 1897:

Betrifft den Sokolverein.

Aus dem, in der am 18. d. Mts. stattgefundenen Generalversammlung des Posener Sokolvereins verlesenen Rassenbericht entnehmen wir Folgendes:

Der Rassenbestand beträgt 2085 Mark 7 Pf., die Geräthe zc. stellen einen Werth von 599 Mark 30 Pf. dar. Der Baufonds erreichte die Höhe von 13 304 Mark 83 Pf. — Der Werth der sonstigen Utensilien wird auf 2265 Mark geschätzt. Die Bibliothek umfaßt 820 Werke; der Bibliothekar führt darüber Beschwerde, daß wenig gelesen wurde.

Aus Nr. 164 des Dziennik Poznański
vom 22. Juli 1897:

Die polnischen Vereinsvergnügungen

geben dem Dziennik im Anschluß an einen Artikel des Berliner Tageblatts zu längeren Ausführungen Veranlassung. In letztgenanntem Artikel war dargethan, daß das strenge Vorgehen gegen die polnischen Vereine, insbesondere die Verbote der Veranstaltung von Vereinsvergnügungen nur dazu führten, das Gefühl der Solidarität bei den Polen zu stärken und sie immer enger um ihre Führer zu schaaren,

welche ihre Thätigkeit mit um so größerem Eifer durch Petitionen und Beschwerden kundgeben. Es führten diese Verbote von öffentlichen Vereinsvergünigungen aber ferner zur Veranstaltung von privaten Festen, wie das z. B. in Wiloslaw erst kürzlich bei Koscielski geschehen sei.

Das Berliner Tageblatt erachtet die gegenwärtige Lage der Sache als unhaltbar. Mit Verwaltungsmaßregeln und Ausnahmegeetzen könne man einer derartigen Bewegung nicht entgegentreten, hierdurch werde nur Veranlassung zu erneuter Agitation gegeben. Die Erfahrung, welche die Regierung in dieser Angelegenheit mit den Sozialisten gemacht habe, müßte ihr eine Warnung sein bei Behandlung der Polenfrage.

Soviel das Berliner Tageblatt, welches uns wahrhaftig nicht gerade sehr gewogen ist. Es spricht allerdings nicht in unserem, sondern im Interesse der deutschen Gesellschaft, welche sich beunruhigt fühlen muß durch die sichtbaren Erscheinungen der äußersten Reaktion in unseren Gegenden und Verhältnissen.

Und wir setzen hinzu, daß ein Aufrechterhalten der Zustände, wie sie heut bestehen, nicht möglich ist. Wir hören sogar, daß man in den kompetenten Kreisen der Provinzialverwaltung daran denkt, ein möglichst einheitliches Verfahren der Behörden herbeizuführen. Die einen Behörden untersagen nämlich Vergnügungen, andere lassen sie zu. Der eine Kommissar oder Bürgermeister fürchtet sich, den öffentlichen Frieden zu stören, der andere weiß sehr wohl, daß er sich vor gar nichts zu fürchten braucht und weist verständig hakatistische Rücksichten von sich.

Diese Unsicherheit soll aufhören und es soll von Oben eine Anordnung ergehen, daß man den Vergnügungen nichts in den Weg legen, Umzüge dagegen nicht erlauben solle. So heißt es, ob es wahr ist, dafür können wir uns nicht verbürgen.

Uns ist es auch ganz gleichgiltig, ob und was die Behörden in dieser Angelegenheit beschließen. Wir wissen, daß das, was sie auch immer beschließen, ein mehr oder weniger eng formulirtes, generelles oder spezielles Verbot enthalten wird, welches bis zu einem gewissen Grade unsere bürgerliche Freiheit einschränkt. Und in dem Punkte stimmen wir vollkommen mit dem Berliner Tageblatt überein, daß es kein wirksameres Mittel für die national-polnische Propaganda giebt, als gerade jene Verbote, mögen sie nun einheitlich oder nicht einheitlich sein.

Die Anordnungen, welche uns in gewisser Weise unsere traditionellen Feste verbieten, während den deutschen Vereinen Niemand deren traditionelle Vergnügungen schmälert, müssen bei den Unseren zum Mindesten das Gefühl der Sonderstellung herausbilden. Wir sprechen schon gar nicht von der nationalen Verbitterung.

Diese Verbote und die neben ihnen hergehenden Provokationen, schaffen auch eine immer größer werdende Kluft zwischen unserer und der deutschen Gesellschaft, und beim Vorhandensein einer solchen Spaltung pflegt die Gemeinschaftlichkeit und das gute Einvernehmen wahrlich nicht zu wachsen.

So müssen denn auch wir, wie wir auch immer für Gemeinschaftlichkeit und gutes Einvernehmen eintreten, Angesichts solcher Umstände unsere Vereine und den Einzelnen vor der Theilnahme an gemeinschaftlichen Vergnügungen warnen, aus denen so häufig Verbitterungen, Prozesse und Hekereien der H.-A.-Zisten-Blätter entstehen.

Ohne uns daher vor den Folgen der bekannten Verbote zu fürchten, nehmen wir sie mit aller Ruhe auf und berichten in ruhiger Weise über sie, da wir keinerlei Veranlassung haben, uns zu ärgern und zu entrüsten. Je schlimmer es kommt, desto besser ist

es in diesem Falle für uns. Sogar wenn ein generelles ostentatives Verbot ergeht, so werden wir uns nicht allzusehr ärgern, denn dieses Verbot hält vielleicht unsere Vereine nur von allzu übertriebenen und allzu ostentativen Vergnügungen ab, die nur auf das Aeußere abzielen, und leitet sie auf den Weg der inneren, erfolgreichen Arbeit.

Wenn den deutschen Vereinen erlaubt wird, mit Fahnen aufzutreten, so muß das auch unseren Vereinen erlaubt werden, in Anwendung des Grundsatzes „suum cuique“, wenn dies aber nicht gestattet wird, so ist dies auch gleichgiltig, wenn ein solches Verbot nur dazu beiträgt, das polnische Selbstbewußtsein zu heben.

Deswegen rathen wir, bis aufs Aeußerste sich mit allen Rechtsmitteln zu wehren und gegen jede Ausnahmebehandlung unserer Vereine Protest und Beschwerden einzulegen, denn es handelt sich ums Prinzip und ums Recht, aber wir rathen auch weiter, sich nicht zu ärgern oder zu entrüsten, auch nicht zu hegen oder sich auf Prozesse einzulassen u. s. w. — denn unsere Gegner arbeiten in diesem Falle für uns!

Aus Nr. 165 des Lech
vom 23. Juli 1897:

Ein Polizist verbietet, polnisch zu sprechen.

Von dem Wochenmarkte ging ruhig Frau Kuczma nach Hause und trug eine Ente mit sich. Da tritt ein Polizist an sie heran und fragt sie auf deutsch nach ihrem Namen und ihrer Wohnung. Darauf erhält dieser auf Polnisch die Antwort, daß sie an der Brombergerstraße wohne und sich Kuczma nenne. Der Beamte, hierüber erboßt, schreit sie grob an, sie habe deutsch zu antworten, denn dies sei ein deutsches Land u. s. w. Darauf antwortete ihm die Frau: „Ich kann nicht deutsch sprechen, und ich bin bereits zu alt, um es zu lernen, da meine Zunge schon zu steif ist.“ Schließlich muß doch der Beamte, für dessen Unterhalt wir zahlen, beide Landessprachen verstehen. Das Benehmen des Polizisten war so unhöflich, daß sogar deutsche Frauen sich hierüber ärgerten und für die angegriffene Bürgerin schützend eintreten. Zweifellos bestraft der Herr Bürgermeister, sobald er diesen Vorfall erfährt, den Uebereifer des niederen Beamten, welcher auf diese Weise seine Uebermacht kund geben will. Den Namen jenes Beamten kennt Frau Kuczma nicht.

Was würde Boleslaw der Große, wenn er aus dem Grabe erstehen würde, dazu sagen, daß in seinem geliebten Gnesen verboten wird, polnisch zu sprechen. Er würde den Angreifer zweifellos so heruntermachen, daß ihm weitere derartige Angriffe ein zweites Mal nicht wieder in den Sinn kämen.

Aus Nr. 170 des Dziennik Poznański
vom 29. Juli 1897:

Posen, den 28. Juli.

Der Magistrat der Stadt Schwerzenz

hat im Auftrage des Posener Regierungs-Präsidenten den bekannten Beschluß der Schwerzenzer Stadtverordneten-Versammlung beanstandet. In dem Beschluß wurde dem Bedauern über das polizeiliche Verbot des Sommervergügens des dortigen Industrie-Vereins Ausdruck verliehen und zwar im Interesse des friedlichen Zusammenlebens der polnischen mit der deutschen dortigen Bevölkerung, das bis jetzt niemals gestört wurde, das aber gerade durch solche polizeilichen Verbote untergraben werden kann. Im Auftrage des Regierungs-Präsidenten ließ der Magistrat dem

Stadtverordneten = Vorsteher Herrn Dr. Sylvester Wendland ein Schreiben zugehen, in welchem derselbe die unbefugte Beurtheilung von Maßregeln einer staatlichen Behörde zurückweist und auf Grund des § 15 des Zuständigkeitsgesetzes den erwähnten Beschluß vom 20. Juli d. J. beanstandet. In dieser Angelegenheit fand gestern eine außerordentliche Sitzung der Stadtverordneten = Vertretung statt, in welcher folgender Beschluß gefaßt wurde: „Das Stadtverordneten-Kollegium beschließt auf die Beanstandung (seines Beschlusses) seitens des Magistrats nicht zu reagieren, weil es das betreffende polizeiliche Verbot bezw. das Vorgehen der Polizeibehörde gegen den betreffenden Verein als eine Gemeinde-Angelegenheit betrachtet, welche den Stadtverordneten nicht nur das Recht giebt, sondern ihnen auch die Pflicht auferlegt, ihre freie Meinung darüber auszusprechen. Auf die weitere Ausführung dieses Beschlusses durch den Magistrat (d. h. die Uebersendung desselben an den Vorstand des Industrie-Vereins) verzichtet das Stadtverordneten-Kollegium, weil demselben nur daran gelegen ist, seine Ansicht in dieser Angelegenheit kund zu thun, was bereits durch die Veröffentlichung des betreffenden Sitzungsprotokolls geschehen ist.“

Wir bemerken, daß der obige Beschluß einstimmig gefaßt wurde und dies hat eine um so größere Bedeutung, als dem Schwerzenzer Stadtverordneten-Kollegium nur 3 Polen, dagegen 7 Deutsche angehören, von denen sogar einer Vorsitzender des am Orte bestehenden H.-R.-L.-Vereins ist. Die Posener Zeitung drückt aus diesem Anlaß ihre Befriedigung darüber aus, daß immer breitere Kreise unserer Gegend energisch gegen die nationale Hege frondiren.

Aus Nr. 168 des Dziennik Kujawski
vom 27. Juli 1897:

Den Mogilnoer Vereinen

hat man nicht nur die Umzüge, sondern auch die Veranstaltung von Vergnügungen unter freiem Himmel verboten. Der „Sokol“ hat dieser Tage einen ablehnenden Bescheid erhalten.

Aus Nr. 166 des Wielkopolanin
vom 24. Juli 1897:

Klecko.

Der Vorstand des Industrievereins in Klecko theilt mit, das auf den 25. d. Mts. angesetzte Sommervergnügen werde nicht stattfinden, da der Landrath den Umzug mit der Fahne, Spiele u. s. w. untersagt habe. Der Vorstand theilt uns nicht mit, wie man dies neue Verbot begründet habe.

Aus Nr. 163 des Dziennik Kujawski
vom 21. Juli 1897:

In Rakosch

hat man den Ausmarsch aus der Stadt zu dem Dampfer verboten, welcher die Mitglieder des Industrievereins nach Lubostron bringen sollte und zwar mit Rücksicht auf die Gefährdung des öffentlichen Friedens. Vor Kurzem hat der Verein mit der Fahne an deutschen Festlichkeiten theilgenommen. Sapienti sat!

Aus Nr. 164 des Ogedownik
vom 22. Juli 1897:

Die Volksbewegung auf preußischem Gebiet.

(Fortsetzung.)

Die Verfolgung der Kirche endete. Der Adel folgte, uneingedenk dessen, daß man neuerdings erst gesetzgeberische Maßregeln gegen ihn ergriffen hatte, daß die Ansiedelungskommission daran arbeitet, ihn besitzlos zu machen, dem ersten besten blendenden trügerischen Schein, um an eine bessere Zukunft zu glauben, für deren Herbeiführung man nichts zu thun brauche. Es war das ein neues Zutagetreten von Leichtsinne, Leichtgläubigkeit und Trägheit, dieser drei Fehler, welche diese Klasse der Nation seit Langem wie ein Krebs anfressen und dem Verderben zuführen.

Es folgte die Aera der Veröhnungs- oder vielmehr Hoppolitik, da man seine Lustschlösser auf keine politischen Schritte, sondern auf seine Beziehungen zum Hofe baute. Diese, in Berlin geschaffene, entgegen dem Willen der Gesamtheit befolgte, im Lande aber durchaus unpopuläre Politik wurde schließlich bankrott und zugleich mit ihrem Fall schwand der letzte Schein von Erhabenheit, auf welchen die bisher leitende Klasse ihr Uebergewicht stützen konnte. Geistig herabgekommen und zurückgeblieben, wirthschaftlich ruiniert, durch die Ansiedelungskommission stark gelichtet, stellte sich der Posener Adel durch die Hoppolitik geradezu bloß.

Auf die Rolle eines Lehrers und Leiters mußte er angesichts dessen verzichten; daß er aber nicht verzichten will, ist begreiflich. Wer gewöhnt ist zu gebieten, liebt es nicht zu gehorchen; selbst wenn Jemand gewohnt ist zu gehorchen, so sehnt er sich doch stark nach der Rolle eines Gebieters. Außer Adel und Geistlichkeit giebt es noch eine im preußischen Gebiet nicht zahlreiche städtische Intelligenz. Dieselbe bildet keine Partei und scharft sich nicht unter eine gemeinsame Fahne. Das Gefühl der Selbstständigkeit geht ihr vollständig ab. Zum Theil drängt sie sich unter die Fittiche des Adels und der Geistlichkeit, zum Theil aber sympathisirt sie ziemlich platonisch mit der Volksbewegung. Alle diese drei Klassen bilden in unserer Volks-gesamtheit eine an Zahl verschwindende Minderheit, und unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist das sogar erfreulich, da das einzige gesunde, nicht entgleiste, in nationaler Beziehung sicherste lebenskräftige Element allein und ausschließlich das Posener Volk ist. Zum politischen Leben berufen durch die Verfassung des deutschen Kaiserreichs, zum Bewußtsein gebracht durch den Adel, zum Streite geübt im Kulturkampf durch die Geistlichkeit, hat dies Volk, da es keinen Grund hatte, sein Interesse zu demjenigen der übrigen Klassen in Gegensatz zu bringen, in seiner überwiegenden Mehrheit ziemlich lange darauf verzichtet, sich abzusondern und sein zahlenmäßiges Uebergewicht sowie seine Kraft auszunützen. Es marschirte einträchtig und solidarisch unter dem Kommando Anderer und diente ihnen als Werkzeug. Da es jedoch immer mehr seiner selbst bewußt wurde, da es kein absolut blindes Werkzeug war, begann auch unter ihm der kritische Geist und der Wunsch nach Selbstständigkeit zu erwachen. Dieser Wunsch ist übrigens in ihm geweckt worden. Es haben sich Leute, oder es hat sich ein Mann gefunden, der die gegenwärtige Lage lange vorausgesehen und direkt berechnet hat, daß eine Zeit kommen werde, wo nothwendigerweise die gesamte Vertheidigung unserer Sache ausschließlich auf das Volk werde gestützt werden, daß die Initiative und die Leitung werde in des Volkes Hände übergehen müssen, da es an anderen Führern

mangelt. Da aber, wie dieser Mann glaubte, das Volk an und für sich werde sich einst selbst überlassen sein, so meinte er, sei es nöthig, es zu belehren, sich selbst Rath zu wissen.

Es war das, wie wir sehen, ein verständiger Pädagog und befähigter Politiker, indem er die Zukunft treffend erricth. Als man jedoch anfang, hier und da seine Lehre anzunehmen, als das Volk von Zeit zu Zeit zu verstehen gab, es genüge ihm nicht, dem zuzustimmen und das zu beschließen, was Andere bedacht hätten, sondern es wünsche auch selbst zu denken und zu diskutieren, da nahm man das mit großer Entrüstung auf, als wären es aufrührerische Gelüste. Die Kurzsichtigkeit unserer Politiker sah das als Verderb für das Land an, was für dasselbe der Rettungsanker sein sollte und die beständig unter der sogenannten Intelligenz sich ausbreitende Verblendung ließ diese Selbständigkeitsversuche den sozialistisch-anarchistisch-kommunistischen Attentaten zurechnen.

Nebenbei bemerkt, haben die Bestrebungen des Drendownik, des Hauptorgans der Volksbewegung, auch heut noch bedeutend weniger Anklang unter der ländlichen, als unter der städtischen Bevölkerung; hier sowohl wie da huldigen ihm die begüterten und aufgeklärten Elemente. Wir sehen in dieser Partei mehr Handwerker und Kleinhändler als Arbeiter, mehr wohlhabende Bauern als besitzlose Bevölkerung. Es ist das keine bäuerliche Partei, da im Gegentheil die unter dem unmittelbaren Einflusse der Großgrundbesitzer stehenden Bauern an ihren bisherigen Leitern festhalten; auch ist das keine Arbeiterpartei, indem sie in ihren Reihen ebensoviel Arbeitgeber als Arbeitnehmer zählt und keineswegs auf dem Boden des wirtschaftlichen Klassenkampfes steht.

Alle Verdächtigungen, welche der Volksbewegung Verwandtschaft mit der sozialistischen Bewegung vorwerfen, sind völlig aus der Luft gegriffen. In dieser Beziehung benehmen sich die galizischen und Posener konservativen Blätter nicht den Thatfachen und ihrem Gewissen entsprechend und befunden die größte Genialität im Erfinden von neuen Kombinationen. So habe ich z. B. vor Kurzem gelesen, die Volksbewegung auf preussischem Gebiet sei entstanden, als die deutschen Sozialisten beschloffen hätten, die Bauern in ihr Parteilager hinüber zu ziehen: „Man vertheilte die Rollen und Herr Szymanski übernahm die Agitation im Großherzogthum Posen.“ — Ich sage das nicht, um die Volksbewegung oder Herrn Szymanski zu vertheidigen; ich bin nicht so sehr von Posener konservativen Auffassungen durchdrungen, um zu meinen, es sei geradezu eine Schmach und Schande, ein Sozialist zu sein und es bedeute, wenn man Jemanden mit diesem häßlichen Namen bezeichne, soviel als ihn in den Augen der ehrlichen Leute verdammen; lediglich im Interesse der Wahrheit bemerke ich, daß zwischen Dr. Szymanski und Bebel, zwischen der polnischen Volkspartei und dem deutschen Sozialismus soviel Aehnlichkeit und Verwandtschaft besteht, als zwischen der Königin von Spanien und dem Sultan.

Vor Allem handelte es sich hier, wie ich bereits erwähnt habe, weder um wirtschaftliche Angelegenheiten noch um die wirtschaftliche Abhängigkeit. Materiell stehen verhältnißmäßig die Anhänger der Volkspartei überwiegend besser als ihre Gegner, denn erstere kommen vorwärts, letztere aber sind ruiniert. Wenn unter den Volksparteilern sich auch solche befinden, welche unter dem Druck des Kapitals zu leiden haben, so ist letzteres doch überwiegend fremdes, da man unter unserer Volksgemeinschaft die größeren Unternehmer, sowie die wohlhabenden Industriellen an den Fingern einer Hand herzählen

kann. Deshalb spielt auch der Kampf zwischen Arbeit und Kapital, welcher den Kern der sozialistischen Bestrebungen bildet, in der polnischen Volksbewegung absolut keine Rolle, und darum grade findet dieser Kampf überhaupt keinen Boden im Posenschen, der am mindesten industriellen Provinz des ganzen Königreichs Preußen. Ein zweites Merkmal, wodurch sich die Volksbewegung von der Sozialdemokratie unterscheidet, ist ihr ausgeprägt nationaler Charakter, während sich der Sozialismus auf kosmopolitischen, internationalen Boden stützt. Von unserem Standpunkte ist das ein günstiges Zeichen, obgleich, unparteiisch gesagt, zugegeben werden muß, daß dieser Standpunkt einigermaßen auch eine gewisse Niedrigkeit der Zivilisation des Volkes verräth. Versteht man unter Kosmopolitismus nationalen Indifferentismus, so müssen wir uns freuen, daß unser Volk ihm fern steht. Wenn wir jedoch mit dieser Bezeichnung die Gefühle umfassen, welche sich auf allmenschliche Ideale und Bestrebungen beziehen, so muß zugegeben werden, daß das Volk noch nicht reif genug ist, um diese Gefühle zu begreifen, anzuerkennen und liebzugewinnen. Das ist jedoch keineswegs ein Grund zur Klage, in Erwägung dessen, daß die Liebe zur Heimath mit der Liebe zur Menschheit verwandt ist; diese letztere aber wird heut wohl von so manchem verkündet, in Ausnahmefällen aber nur mit dem Herzen und mit der That bekannt. Der polnische Patriotismus steht überdies keineswegs zu diesen Idealen in Widerspruch und für uns ist er geradezu ein Selbsterhaltungstrieb, unsere einzige Kraft und die alleinige Grundlage unserer Existenz; darum muß man freudig feststellen, daß das polnische Volk, wo es zu politischer Bedeutung gelangt ist, stets seine Sonderstellung bewahrt und streng betont. Man darf jedoch nicht glauben, daß dieses nationale Merkmal die um den Drendownik gruppierte Partei vor den Uebrigen auszeichne. In demselben Grade wie der Drendownik sind auch die übrigen polnischen Blätter unter preussischer Herrschaft patriotisch. Die Vaterlandsliebe des Drendownik und der Anhänger desselben ist nüchtern und praktisch; deshalb hat ihm auch, obgleich aus dem gegnerischen Lager viel Schläge auf ihn herab regneten, Niemand je Chauvinismus vorgeworfen. Eher hat man ihm gegentheilige Vorwürfe gemacht, ihn sogar „Schwarzweißer“ genannt und den Verdacht geäußert, das Blatt werde regierungsseitig unterstützt.

Es geschah das zu der Zeit, als unsere Volksvertretung in Berlin die Taktik der rücksichtslosen Opposition befolgte und sich auf Anregung Niogolewskis in ihren Interpellationen und Protesten auf die Wiener Traktate berief. Der Drendownik bekämpfte diese Politik, die keineswegs einer prinzipiellen Bedeutung entbehrte, im Uebrigen aber fruchtlos war. Ueberhaupt wandten sich die ersten Befundungen der Volksbewegung, die ersten Versuche einer selbständigen Kritik gegen die damalige Manie, große Politik zu treiben, womit man unsere Stellung vor Europa beständig manifestiren wollte, obgleich man vollständig aufgehört hatte, sich für diese Sache zu interessieren. Der fanatischste Anhänger dieser Richtung war der Gonic Wielkopolski — und eben dies Blatt hat den Drendownik am entschiedensten bekämpft und demselben den Beinamen Schwarzweißer gegeben. Die Volksbewegung war damals der einzige Repräsentant, wenn nicht einer versöhnlichen, so doch einer optimistischen und nüchternen Richtung. Er strebte außerdem danach, den Schwerpunkt unserer Politik von Berlin fort in die Heimath zu verlegen, unsere Volksvertretung der Kontrolle und Leitung der Wähler zu unterwerfen, und unseren häuslichen, besonders den wirtschaftlichen Interessen

ein wachsameres Auge zu schenken. Da das Blatt sich bei dieser Gelegenheit anerkennend über die deutsche Kultur ausließ, verletzten seine Worte öfters diejenigen, welche die Arbeit der Kulturträger nur von der Schattenseite her kennen gelernt hatten.

Infolge der plötzlichen Aenderung in der inneren Politik Deutschlands sowie in der Haltung der polnischen Fraktion in Berlin unterlag auch das gegenseitige Verhältniß unserer Parteien daheim einer Aenderung. Wie der Drendownik früher die Opposition quand même bekämpft hatte, so begann er später die Versöhnungsneigungen und den Hyperloyalismus zu beschämen. So mancher sieht dies für einen Frontwechsel an, ich aber erblicke darin nur einen Beweis derselben Nüchternheit und desselben praktischen Sinnes, wie sie sich bei der Volksbewegung von der ersten Epoche an kundgethan haben. Den größten Sturm entfesselten die Frage der Militärreform und die damals seitens unserer Abgeordneten im Reichstage beobachtete Haltung. In Betracht dessen, daß sich nach Auflösung des Reichstages alle vor den Neuwahlen abgehaltenen Volksversammlungen gegen die Reform erklärt hatten, wurde die Sache beinahe standalös, und die von unserer Volksvertretung in Berlin dem Lande bezogene Geringschätzung brachte die oppositionellen Parteien in die größte Entrüstung. Von diesen Parteien war natürlich die mächtigste die Volkspartei, denn die Soniegruppe hatte gerade damals ihren Führer eingebüßt und entbehrte darum der Sammlung und der Leitung.

Die Posener Wählerversammlungen gestalteten sich sehr stürmisch und führten eine entscheidende Sezession herbei. Um die Situation zu erklären, muß ich bemerken, daß wir im Posenschen eine ständige Wahlorganisation besitzen, an deren Spitze das Provinzialkomitee steht. Die Wählerversammlungen bringen je einige Kandidaten in Vorschlag; von diesen nominirt das Provinzialkomitee solche, welche die Stimmenmehrheit erhalten haben, für die betreffenden Wahlkreise, und wenn es zu den Wahlen kommt, stimmen alle Polen solidarisch für einen Kandidaten.

Wir sehen also, daß sich der Kampf unserer Parteien auf jene Volksversammlungen beschränkt, und die Wahlen selbst stellen einzig den Kampf gegen die deutschen Parteien dar. Es folgt daraus, daß das Provinzialkomitee und die seiner Gewalt unterstehenden Ortskomitees auf den Verlauf unserer Wahlen einen großen Einfluß ausüben; für unsere Parteien ist es also eine Frage von großer Tragweite, wer diesen Komitees angehört. Nun handelte es sich in den Versammlungen, von welchen oben die Rede ist, um die Wahl des Posener Komitees. Infolge des stürmischen Verlaufs derselben kam es soweit, daß das Resultat der Abstimmung nicht genau festgestellt wurde, sodaß sowohl die Volks- als auch die Versöhnungsparteier sich den Sieg zuschrieben. Seit dieser Zeit fungiren in Posen zwei Komitees, von denen jedes sich für das allein legale ansieht. Die Erbitterung mehrte sich auch dadurch, daß die Versöhnungsparteier, welche bisher alle einflußreichen Stellungen inne hatten, im Hinblick auf die an Zahl starke, drohende Opposition zu verschiedenen Kunstgriffen ihre Zuflucht nahmen; so beraumten sie die Versammlungen auf eine für die Arbeitsleute ungeliebte Stunde an, setzten die Zahlung eines Eintrittsgeldes fest, riefen den Beistand der Polizei an u. s. w. Alles das hat übrigens nicht viel geholfen. Das zahlenmäßige Uebergewicht war auf Seiten der Gegner. Da man dies nicht zugeben wollte, beschuldigte man die Gegner des Bruchs der Solidarität und der Absicht, die Nation entzweien zu wollen. Der Einfluß der Volkspartei beschränkt sich natürlich nicht auf Posen, sondern reicht in alle Theile der Provinz.

Dank diesem Umstande kam in Snowrazlaw die Kandidatur Koscielskis zu Fall, und unser Vizeadmiral wurde von der politischen Arena beseitigt. An seine Stelle wählte man Dr. Krzyminski, einen Anhänger der Volkspartei. Hier muß ich wieder erklärend hinzufügen, daß die Behauptung unwahr ist, in dem Programm der Volkspartei sei die Auforderung enthalten, die Bauern sollten nur Thresgleichen wählen. Bauernkandidaturen stellt man bei uns heut schon deswegen nicht auf, weil unsere Bauern nicht hinreichend deutsch sprechen, um an der parlamentarischen Diskussion theilnehmen zu können. Der Drendownik hat ebenfalls niemals Bauernkandidaten empfohlen, sondern in der letzten Zeit nur die wichtige Bemerkung gemacht, es wäre besser, solche Abgeordnete zu wählen, welche keine gesellschaftlichen Beziehungen zu den Hofkreisen unterhielten und den Formen der Salonartigkeit nicht ihre nationale Würde zum Opfer brächten. Es handelte sich um den Empfang bei Hofe, welchem sich unsere Repräsentanten als Polen hätten fern halten müssen, was sie jedoch als Gentlemen weder thun mochten noch konnten. Die Stürme, wovon die Wählerversammlungen erbeben, riefen ein gewisses Mißtrauen der Wähler den Abgeordneten gegenüber hervor, ein Mißtrauen, welches sich als sehr gerechtfertigt erwies. Die Thätigkeit der polnischen Fraktion in Berlin hüllt sich in den dichten Schleier des Geheimnißvollen. Die Wähler erfahren nichts über die Berathungen der Fraktion und erfahren eigentlich nur bei der Abstimmung im Plenum des Reichstags, was ihre Abgesandten in Berlin machen, sie können aber niemals gewiß sein, ob sie nicht zu ihrem eignen Schaden handeln, indem sie Jemandem das Mandat zum zweiten, dritten, ja, zum vierten Male übertragen. Die Wähler wissen sogar nicht, wer von den Abgeordneten sich im gegebenen Augenblick in Berlin befindet und an den Arbeiten der gesetzgeberischen Körperschaften theilnimmt. Als es sich um eine so schwerwiegende Frage, wie z. B. das Umsturzgesetz handelte, trat in der polnischen Presse Unruhe darüber zu Tage, wem die Fraktion die Vertretung in der Kommission übertragen habe, und welche Haltung die Fraktion der Vorlage gegenüber beobachten werde. Die Anfragen waren so laut und beharrlich, die Thatsache, daß die deutschen Blätter in dieser Beziehung die einzige unterrichtende Quelle bildeten, brachte die öffentliche Meinung derart auf, daß Aufklärungen durchaus erforderlich wurden. Da wurde nun kund, daß sich hinter der Maske der unantastbaren Autorität und Geheimhaltung eine unerhörte Nachlässigkeit der Herren Abgeordneten verbirgt. Ein bedeutender Theil derselben wußte geradezu nicht, wer von ihnen in die Kommission delegirt worden sei, ja, einer der Herren erklärte sogar mit einer gewissen Naivität und Reckheit öffentlich, er sei während fünf Monaten der Session nicht ein einziges Mal in Berlin gewesen und habe mit Niemandem weder öffentlich noch privatim über die Umsturzvorlage gesprochen. Kühnlich kann man sagen, daß die polnische Fraktion sich damals ein moralisches und geistiges Armuthszeugniß ausgestellt hat und daß ihr Glorienschein dahin ist für immer. Man mußte meinen, daß die Fraktion bei den künftigen Wahlen werde aufgefressen und in ihrer Zusammensetzung stark geändert werden. Daß die Volkspartei dafür Sorge tragen wird, unterliegt keinem Zweifel.

Dieselbe Geschichte, wie bei der Polen-Fraktion, wiederholt sich bei vielen unserer örtlichen Institutionen. Fast überall stehen an der Spitze unantastbare Größen, Vertreter der Geistlichkeit, des Adels, oder Leute, welche zu deren Gesellschaftsklasse zählen und kraft ihrer Geburt oder ihres Standes sich jeder Kontrolle

und Kritik entziehen. Ueberall finden wir dem Namen nach wählbare, in der That aber lebenslänglich fungirende Direktionen, Aufsichtsräthe u. s. w., welche von einer so eng geschlossenen Klique besetzt sind, daß es fast ganz unmöglich ist, sich in diese hineinzuwringen, da man sich der Leute, welche nicht zu Gunsten der Solidarität ihres selbständigen Urtheils entsagen, ohne weitere Umstände entledigt. Der Drendownik und die ihm nahe verwandten Organe haben sich darin einen Verdienst erworben, daß sie die Wirksamkeit dieser Bruderschaft namentlich in wirtschaftlichen Fragen der öffentlichen Kontrolle zu unterwerfen suchen. Er allein zieht vielleicht schon heut die Verwalter der öffentlichen Güter wegen Legung einer genauen Rechnung zur Rechenschaft heran.

Sehr bedeutungsvoll und überaus charakteristisch ist das Verhältniß der Volksbewegung zur Geistlichkeit. Diese Partei, welche auf den breiten Massen aufgebaut ist, steht und muß streng auf dem Boden des Katholizismus stehen. In dieser Hinsicht geht der Drendownik soweit, wie alle anderen Posener Blätter, ebenso fordert er die weltliche Macht des Papstes und die Beseitigung der Zivilehe in Ungarn. Da jedoch die Geistlichkeit ihm entschieden Krieg erklärt hat, wobei sie sich nicht scheut, sich hierbei auch der Kanzel zu bedienen, da ferner der Einfluß des Klerus danach strebt, alle selbständigen Bestrebungen der anderen Schichten, jedes selbständige Denken und Urtheilen einzudämmen — und schließlich auch heut noch in deutsch-veröhnungsparteilicher Richtung und unter dem Lösungswort des Katholizismus danach trachtet, Deutsche und Polen zu verbrüdern — so streben die Leute danach, sich vollkommen von dem Einfluß der Geistlichkeit in weltlichen Sachen zu emanzipiren. Sie legen richtig dar, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Hilfe der Geistlichkeit in unseren öffentlichen Arbeiten nützlich sein könne, daß jedoch deren Führerschaft geradezu verderblich für beide Seiten ist. Die patriotischen Geistlichen kollidiren mit ihrer weltlichen und geistlichen Macht, die unterwürfigen und loyalen kollidiren mit ihren Schäfchen, oder sie führen dieselben auf den unrichtigen Weg.

Natürlich genügt es in Posen einen solchen Ausdruck zu thun, um als Feind der Religion, der Kirche und des lieben Gottes selbst dazustehen, und doch muß auch der strengste Richter, wenn er nur gerecht ist, bestätigen, daß die ganze Richtung der Volksbewegung nicht um ein Zota, nicht nur von den Dogmen und Geboten, sondern sogar von den Bräuchen und Anschauungen des römischen Katholizismus abweicht! Ungeachtet dessen, wird dennoch der Kampf dieser Partei mit der Geistlichkeit sehr erbittert und schwierig sein, da schon aus dem, was wir im Anfang gesagt haben, hervorgeht, daß das heut ihr einziger mächtiger Gegner ist.

Ueber dies hinaus besitzt diese Partei einen sicheren Triumph. Nicht sie allein, sondern auch die Umstände bahnen ihr ja gerade den Weg zum Siege. Der Adel in Posen befindet sich wie wir sehen, wenn er auch manches schöne Blatt in den Thaten unserer Geschichte beschrieben hat, heute auf dem Aussterbeetat, die nicht sehr zahlreiche und mit schweren Verhältnissen kämpfende städtische Intelligenz bildet keinen Machtfaktor.

Es wiederholt sich in Posen eben dasselbe, was heut schon in Schlesien geschieht, und wonach man in Westpreußen trachtet. Das Volk, auf sich selbst angewiesen, bildet eine Mauer gegenüber der Germanisation und wird der einzige Repräsentant unserer Sache in dem preußischen Antheil werden. Die Polen in Deutschland werden eine demokratische

bäuerliche Partei und sie schaffen aus sich selbst heraus eine neue Schaar von Führern und Leitern.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß dadurch, daß eine neue Klasse aus Ruher gelangt, unsere Politik einen etwas veränderten Kurs einschlägt und unser politisches Programm eine Aenderung erfährt. Dieses wird vielleicht nicht jene üppige adlige Phantasie enthalten, welche manchmal imponirte, wenn sie auch gleichzeitig Bedauern erweckt hat; es wird von dem kindischen Optimismus, von der großartigen, jedoch unumsichtigen Opferfreudigkeit, von dem Idealismus frei sein, welcher zwar nicht die einzige, jedoch immerhin eine von den Ursachen dafür war, daß wir, indem wir immer den Kopf hochtrugen, schließlich den Grund unter den Füßen verloren haben. An Stelle dieser Nachteile und Vorzüge wird eine Art bäuerlichen Argwohns und Mißtrauens, gleichzeitig jedoch Vorsichtigkeit und Utilitarismus treten, welcher vielleicht die Opferfreudigkeit ein wenig eindämmt, jedoch im materiellen Wohlstande für sie eine dauernde Grundlage schafft, schließlich eine Solidarität, welche nicht von Oben aufkotzt, sondern der Ueberzeugung entspringt, daß wir nur dann der auf uns ansturmenden Germanisation Widerstand leisten können, wenn wir in breiter Masse vorgehen. Das polnische Volk hat zweimal im Laufe der letzten Jahre gezeigt, wozu es dort fähig ist, wo es die Sache allein in seine Hand nehmen muß, und das zweifache Examen ist glänzend ausgefallen. Der Pleß-Mynbiker Kreis in Oberschlesien und der Schweizer Kreis in Westpreußen haben sowohl uns, als auch unseren Gegnern bei den Wahlen eine große und unvorhergesehene Ueberraschung bereitet. In harter Schule von vorn herein ausgebildet, gestaltet das Volk in sich jene Stählung und Ausdauer, jenen Kampfeifer aus, welcher uns immer fehlte, und Dank dessen kommt es vielleicht weiter und erringt mehr, wie wir es trotz zeitweise angewendeter heroischer Anstrengungen vermochten.

Eine traurige Seite der Sache bildet der Umstand, daß Diejenigen, welche das Volk früher als die Ersten zum Kampfe aufgerufen und dasselbe gerüstet haben, heut demselben die größten Schwierigkeiten in den Weg legen. Die Geistlichkeit und der Adel scheuen sich nicht, die Volksbewegung sozialistischer Umtriebe zu bezichtigen und es ist bekannt, daß in den hohen-zollernschen Landen die Sozialisten ein drohenderes Schreckbild darstellen, als das russisch-französische Bündniß oder ein allgemeiner europäischer Krieg. In unserer Geschichte nach der Theilung Polens konnte es vielleicht keine ungeheuerere Taktik geben, als diejenige, deren sich unsere Abgeordneten unaufhörlich bedienten, indem sie dazu aufforderten, das katholische und das nationale Gefühl des Volkes zu schützen, da letzteres sich sonst dem Sozialismus zuwende. Es heißt dies gradezu, die Wachsamkeit der Regierung anregen, welche die katholischen Gefühle nicht fördert, die nationalen Gefühle verfolgt und den Sozialismus über Alles haßt. Ihr ist es schließlich einerlei, ob sie die Polen als Polen oder als Sozialisten verfolgt, in jedem Falle gelangt sie zu dem Schlusse, daß sie auf diese oder auf jene Weise die Zügel kurz halten müsse.

Unter der preußischen Regierung war unser Kampf am schwierigsten, daher sind wir auch am leichtesten erschöpft worden. Deswegen sind vielleicht auch die sogenannten höheren Schichten dort schon heut inmitten unserer Gesellschaft trockene und abgestorbene Zweige, die man entfernen muß, damit sie den frischen Trieben nicht im Wege stehen, welche aus dem Stamme hervorzubrechen und sich üppig zu entfalten beginnen.

Aus Nr. 95 des Dziennik Berliński
vom 28. Juli 1897:

Die Politik der Volkspartei

hatte der Dziennik Poznański in Nr. 165 vom 23. Juli beschuldigt, daß sie die deutsche Gegnerschaft in dem Glauben bestärke, die volksparteiliche Politik werde wie ein Keil die geschlossene Gesamtheit der Polen zerlegen. Im Prinzip hat der Dziennik nichts dagegen einzuwenden, daß immer weitere Volkskreise zur aktiven Beteiligung am politischen Leben herangezogen werden und über die Bedürfnisse der Gesamtheit mitberathen. Die bisherigen Vorgänge und Resultate lehren aber, daß die volksparteiliche Politik in dieser Beziehung nicht an die Größe ihrer Aufgabe herangereicht habe. Ihr Wirken sei bisher ein negirendes, beschränkt kritteldes, rücksichtsloses gewesen und habe keine Autorität außer der eigenen gelten lassen. Den Rath Anderer verschmähe diese Partei; für sie seien einige wenige Persönlichkeiten hinreichend, die sich selbst das Patent der Volksfreundlichkeit und Unschlbarkeit beilegen. Wissenschaftliche Intelligenz erkenne diese Politik nicht an, und sie stelle mit Vorliebe Leute ohne wissenschaftliche Vorbildung an ihre Spitze. Nicht ein einziges Talent befände sich darunter, welches über die polnische Durchschnittsintelligenz hinwegragte. Dies sei ein Beweis dafür, daß sich die volksparteiliche Politik auf falscher Nährte befände und daß sie besser daran thäte, ihre Kräfte unverkürzt in den Dienst der nationalen Politik zu stellen. Der Edelmann, der Geistliche, der Gebildete habe ebenso das Recht, in öffentlichen Angelegenheiten mitzureden, wie der Mann aus dem Volke. Die volksparteiliche Politik aber wolle alle über ihr geistiges Niveau hinausragenden Elemente ausschließen. Sie entbehre so eines positiven, der gemeinsamen Sache förderlichen Gehalts. Diese gemeinsame Sache sei bei den Polen die nationale, keine Volksache, was natürlich den deutschen Blättern unbequem sei. Die polnischen Volksparteiler aber, die gegen die eigene Intelligenz Abneigung hegten, eigneten sich gern die Brosamen an, die vom Tische der deutschen Intelligenz fielen und gestalteten ihre Politik gemäß den hinterlistigen Weisungen besonders der deutschen Blätter. Das lasse den Schluß zu, daß diese Politik keine nationale sein könne.

Auf obige Ausführungen entgegnet der Dziennik Berliński: „Der Dziennik Poznański bestreitet, daß die Volkspartei etwas Positives geschaffen und keine greifbaren Resultate gezeitigt habe, sei es in Gestalt des organisirten Handwerks, Gewerbes und Handels oder in Gestalt einer politischen Partei mit entwickeltem Programm. Die Bauernvereine, Genossenschaftsverbände und alle die übrigen Institutionen, welche wir gewohnt waren, als unsern Erwerb in dem letzten Jahrzehnt zu betrachten, und worauf wir stolz sind, sind nicht das Werk der Volksbewegung. Obige Ansicht, soweit sie die Prämisse für die Ausführungen des Dziennik Poznański darstellt, ist richtig, wir können nur den daraus gezogenen Schluß nicht anerkennen, daß die Volksbewegung nichts erzielt habe. Die Volksbewegung hat nicht aus sich heraus solche Ergebnisse des Schaffens auf dem nationalen Gebiet gezeitigt, wie wir sie heute vorzeichnen können und müssen, indem wir ihr als zu erstrebendes Ziel die Organisation unserer Kräfte auf sozialökonomischem Gebiete und die Schaffung neuer breiter Grundlagen für die weitere nationale Entwicklung hinstellen, — das Alles hat die Volksbewegung nicht gethan, aber die Volksbewegung hat vor 5—6 Jahren andere Ziele gehabt als heute. Alle sozialistischen Parteien, alle neuen Bewegungen müssen ihre Ziele den bestehenden Verhältnissen anpassen und von diesem Gesichtspunkte aus, von dem Gesichtspunkte der Verhältnisse, unter welchen die Volksbewegung gearbeitet und großgeworden ist, aus, muß man ihre Resultate prüfen. Den

Schlüssel zu einer treffenden Beurtheilung dessen, was die Volksbewegung geleistet hat, bieten nicht die heutigen sozialpolitischen Verhältnisse, sondern diejenigen aus der Zeit vor fünf Jahren, aus der durch den Thorner Katholikentag im Jahre 1892 und das Eintreten unserer Abgeordneten für die Militärvorlage gekennzeichneten Epoche. Wenn wir die damaligen Verhältnisse mit den heutigen vergleichen und für diesen Unterschied die Volksbewegung als einen der Hauptfaktoren betrachten, welche diese Wandlung verursacht haben, so wird es klar, welches die positiven Ergebnisse der Volksparteipolitik sind. Das Werk der Volksbewegung liegt zum Theil darin, daß die Verhältnisse so sind, wie sie jetzt sind, und daß wir nicht bis an die Kniee in dem Schmutz des diplomatischen Schachern waten, sondern eine nationale Politik treiben. Die Errungenschaft der Volksbewegung liegt ferner darin, daß diejenigen Kreise, welche früher allein für das Entscheiden maßgebend gewesen sind, heute mit der Allgemeinheit rechnen müssen, welche sich — gleich ihnen — als die Vertreterin der nationalen Idee fühlt. Die Arbeit der Volksbewegung war demnach negativ und beruhte auf der Paralyisirung schädlicher Tendenzen, welche die polnische Volksgemeinschaft ins Verderben gestürzt hätten; sie entsprach damit dem Ziele, welches nach der damaligen Lage der Dinge geboten schien. Die Volksbewegung war eine heilsame Reaktion und konnte als solche nur negativ wirken, indem sie die Ausschweifungen, welche auf der schiefen Ebene der Versöhnung nicht fehlten, durchkreuzte; sie ist von der treffenden Voraussetzung ausgegangen, daß man erst die geschlossenen Cadres der Versöhnler sprengen, ihre Verschanzungen dem Boden gleich machen müsse, um auf diese Weise den Boden zu neuem Schaffen vorzubereiten. Die Presse (der Hofpartei) hat diese Arbeit zwar eine Störung des Friedens und der Solidarität genannt, doch diese Störung war einem scharfen Strahl frischen Quellwassers gleich, welcher eine übelriechende Pfütze in Bewegung setzt. Hat die Volksbewegung ihre Aufgabe erfüllt? Die Antwort hierauf erscheint uns leicht: heute zweifelte kein Wähler daran, daß die polnische Fraktion gegen die Vereinsgesetznovelle stimmen werde. Heute würde kein Abgeordneter öffentlich erklären: „Wir sind hier, um Politik zu treiben, und es wäre besser, wenn sich keiner dazwischenmengt.“ Heute muß das gemäßigt liberale Blatt, der Dziennik Poznański, schreiben, daß es verwerflich wäre, Jemandem deshalb die Berechtigung, das Wort zu ergreifen, abzuspochen, weil er aus dem Volke stamme. Mit dem Augenblick jedoch, wo die Verhältnisse sich geändert haben und die alte Methode durch die Romierowskische Deklaration kapitulirt hat, ist das Ziel der Volksbewegung erreicht. Ein Mißtrauensvotum für die Versöhnung, eine gemeinsame Opposition der breiten Volksmassen gegen die Partei der traditionellen Mißwirthschaft, die Diskreditirung der Organe und der Führer dieser Partei, deren byzantinische Apologien heut in den inspirirten Kroniken der kleinen Blätter ihre Zuflucht suchen müssen, während sie früher an der leitenden Stelle der „großen Organe“ paradirten, — das sind in allgemeinen Umrissen die Ergebnisse der nivellirenden Arbeit der Volkspartei. Es liegt im gewöhnlichen Gang der Dinge, daß die Thätigkeit politischer Parteien mit dem Augenblicke erlischt, wo deren Ziel erreicht ist — und diese Gefahr droht heut der Volksbewegung. Mit dem Augenblicke, wo die Armee der Anhänger des früheren Zustandes zersprengt war, stellen heut die bestehenden Verhältnisse der Volksbewegung andre Aufgaben. Sie muß heut schon ihr Programm ändern und die Beschließung der Versöhnungspartei aufgeben, die heut schon einer durchlöcheren Scheibe ähnlich sieht und an welcher inselgedessen selbst Kanonenschiffe schwer bemerklich sind. Diese Partei und die ihr verwandten Bestrebungen sind für lange, sehr lange Zeit zum

Styr hinabgezogen. Heut muß die Volkspartei ihren Bestrebungen andre Grundlagen geben, wenn sie weiter bestehen soll. Wir irren wohl nicht, wenn wir meinen, daß diese neuen Grundlagen auf sozial-wirthschaftlichem Gebiet zu suchen sind, und daß es gilt, zu arbeiten unter der Losung „Sammlung und Organisirung unsrer Kräfte auf wirthschaftlichem Gebiet.“

Aus Westpreußen.

Aus Nr. 85 des Pielgrzym
vom 22. Juli 1897:

Das Anwachsen des Protestantismus in Pelplin.

An die Ausführungen des Pastors Morgenroth-Rudno auf Seite 8 des Jahresberichts der Gruppe des Gustav-Adolf-Vereins für die Kreise Marienwerder und Stuhm pro 1896 knüpft der Pielgrzym folgende Bemerkung:

„Obige Auslassungen des Herrn Pastors Morgenroth lassen sich i. A. nicht bestreiten, Thatsache ist, daß die evangelische Gemeinde mit jedem Tage wächst. Ueber die Ursachen des Entstehens und des Wachstums dieser Gemeinde, woran heutzutage nichts mehr zu ändern ist, sich breit auszulassen, wird nichts helfen; heut gilt es nur, mit der vollzogenen Thatsache zu rechnen. Ebenso ist Thatsache, daß einige Personen vom Katholizismus zum Protestantismus übergetreten sind, und daß die Mitglieder der evangelischen Gemeinde solidarisch zusammenhalten, nicht allein in religiöser, sondern auch in gesellschaftlicher Beziehung. Nicht um zu tadeln, sondern um zur Nachseiferung anzuregen, bitten wir unsere Glaubensbrüder und Landsleute, denen in religiöser und nationaler Beziehung absolut nichts vorzuwerfen ist, daß sie auch in gesellschaftlicher Beziehung zusammenhalten, Gott lobend alleamt Hand in Hand gehen, unerföhrt in ihrem römisch-katholischen Glauben, daß sie ferner arbeiten und in jeder Beziehung ihre Pflicht erfüllen; dann brauchen wir uns durch obige Ausführungen des Herrn Pastors Morgenroth nicht beunruhigen zu lassen und können sicher sein, daß Pelplin in keiner Beziehung seinen bisherigen Charakter ändern wird.“

Hierzu meint die Gazeta Gdańska in Nr. 85 vom 24. Juli:

„Wenngleich bekannt ist, daß die Hauptaufgabe des Gustav-Adolf-Vereins die Absicht ist, ganz Westpreußen zu protestantisiren, so wird doch jeden eifrigen katholischen Polen die Mittheilung bis ins Mark treffen, daß grade in der Hauptstadt unsers hochwürdigsten Herrn Erzhirten das Lutherthum derart erschreckende Fortschritte macht.

Aus der Anmerkung des Pielgrzym blickt eine gewisse deprimirende Neigung hervor, das Uebel zu verwischen und zu verdecken, als möchte man sagen: „Sin ist hin; es ist nichts zu ändern!“ Wenn, wie der Pielgrzym behauptet, es nichts hilft, sich breit darüber auszulassen, so wird ein schweigendes Darüberhinweggehen das Uebel fürwahr nicht beseitigen; das kann im Gegentheil nur zu einem weiteren Anwachsen des Lutheranismus beitragen.

Niemandem wird es gewiß in den Sinn kommen, die örtliche Geistlichkeit dieserhalb zu beschuldigen, und betreffs der polnischen Katholiken drückt sich der Pielgrzym dahin aus, daß man denselben in religiöser und nationaler Beziehung nichts vorwerfen könne. Wo sind also die Ursachen des Anwachsens des Protestantismus in Pelplin zu suchen? Die Lösung des Räthsels bietet — wir glauben nicht zu irren — der Absatz in dem Berichte des Herrn Pastors Morgenroth, worin von den gemischten Ehen die Rede ist. Früher seien die Kinder aus Mischehen Katholiken geworden — schreibt der Herr Pastor, — aber nicht deswegen, weil in Pelplin viel Gele-

genheit zum katholisch Tausen geboten sei, sondern darum weil der polnisch-katholische Vater, oder die polnisch-katholische Mutter darauf achteten, daß ihre Kinder in der katholischen Kirche getauft würden. Leider machen sich die Folgen der Mischehen erst bei den späteren Generationen bemerkbar. Bei den Mischehen ist in erster Linie die Nationalität der Gefährdung ausgesetzt, und demnächst nähert sich die Gefahr dem Glauben. Mit wenigen Ausnahmen bewahrt das Kind aus einer Mischehe seine polnische Nationalität; später aber wird es gegen den Glauben gleichgiltig und schließlich findet es auch den Weg zur lutherischen Kirche.

Wir irren gewiß nicht, wenn wir behaupten, daß diejenigen Katholiken, welche in das Bethaus des Herrn Morgenroth gehen, eben Kinder, vielleicht auch Enkel sind, die aus Mischehen herkommen. Sie machen sich, nachdem sie das Nationalgefühl verloren haben, aus dem Glauben nichts. Geht dasselbe doch auch in Danzig vor. Wer neugierig ist und unsre Ausführungen auf ihre Richtigkeit hin prüfen will, der möge sich in die Gerichtssitzungen bemühen — wenn auch nicht jetzt in der Ferienzeit. — Er wird dann auf der Anklagebank Buffen, Beutelschneider schlimmster Sorte finden, von denen über fünfzig Prozent polnisch lautende Namen haben; alle aber sind vorwiegend Lutheraner, wenn sie sich überhaupt noch zu einer Religion bekennen. Ihre Väter oder früheren Vorfahren waren katholische Polen; aber Mischehen sind die erste Ursache des Uebels geworden, darum müssen wir Polen auch alle Mischehen wie die Hölle meiden, damit wir keinen Anlaß haben, zu klagen und Thränen zu vergießen, wenn es leider zu spät ist. Zum Theil ist das Anwachsen des Lutherthums in Pelplin auch dem Umstande zuzuschreiben, daß man Lutheranern mit leichtem Herzen Grund und Boden verkauft und ihnen auf diese Weise gestattet hat, sich einzuwirthschaften. Das Hergeben von Land zu Zwecken der Erbauung einer Zuckerfabrik war ebenfalls kein geringer Fehler.“

Aus Nr. 87 des Pielgrzym
vom 27. Juli 1897:

Nun ist auch Pelplin hinsichtlich der Auflösung polnischer Versammlungen und Vergnügungen einmal an die Reihe gekommen, da das gestrige Sommervergnügen des hiesigen Volksvereins von dem Gemeindevorsteher Liffa aufgelöst und das Publikum zum Verlassen des Gartens aufgefordert wurde.

Die Veranlassung zur Auflösung war folgende:

Das Fest begann ungefähr um 5 Uhr Nachmittags mit Musik, Gesängen, Vorträgen und Ansprachen, aus denen sich das ganze Programm zusammensetzte. — Bis 7 Uhr war Alles in Ordnung und man amüsierte sich sehr gut, wobei die Ruhe in keiner Weise gestört wurde. Die Stadtkapelle spielte mit Unterbrechungen, und die Anwesenden hörten den Vorträgen und Gesängen heiter plaudernd zu. Während einer längeren Pause fing die Musik von den Notenblättern das Lied „Ständchen“ an zu spielen. Es ist dies eine Zusammenstellung verschiedener Melodien, unter denen sich gleichzeitig auch polnische Melodien befinden. Man spielte ein Stück mit der Melodie „Z dymem pożarów“ (mit dem Rauch der Feuersbrünste) und „Boże coś Polskę“ (Gott, der du Polen). Das erste Lied wurde beendet, aber als das zweite gespielt wurde, wurde die Musik unterbrochen und die Versammlung aufgelöst — gleichzeitig wurde das Publikum aufgefordert, den Garten zu verlassen und das weitere Fest zugeben. Das Publikum ging ruhig auseinander, wenn es auch im Inneren erbittert war, und über jenes unglückliche System murrte, welches uns sogar bei unseren Zerstreungen und Vergnügungen Hindernisse bereitet.

Aus Nr. 84 der Gazeta Gdańska
vom 22. Juli 1897:

Mit Bezug auf die Neuwahlen,

die im künftigen Jahre bevorstehen, schlägt die Gazeta Gdańska Folgendes vor:

- 1) Man warte nicht bis zum künftigen Jahre, sondern beginne mit der Arbeit schon in diesem Jahre, und zwar spätestens im Herbst oder Winter.
- 2) Unser Zentral-Wahlkomitee ist zu ersuchen, die Kreis-Komitees zum Einberufen möglichst zahlreicher Wählerversammlungen zu veranlassen, in denen
 - a. die Wahlkomitees vervollständigt, Vorsitzende, Schriftführer und Kassierer gewählt,
 - b. möglichst viel Vertrauensmänner für den gesamten Kreis ernannt,
 - c. Kreis-Wahlklassen gegründet,
 - d. über die Art des Wahlagitationsbetriebs und der Sammlung von Fonds zu Wahlzwecken berathen, und
 - e. Delegirte gewählt werden, die da mit dem Zentralkomitee in einer möglichst zeitig anzuberaumenden Zusammenkunft zusammenzutreffen haben.

3) In dieser Versammlung müßte man sich nicht nur mit der Aufstellung von Kandidaten, sondern auch je nach Bedürfnis mit der Aenderung des Wahlreglements, mit der Organisation der Hauptwahlklassen und damit befaßt, die Abgeordneten zur Erstattung von Rechenschaftsberichten zu veranlassen.

Wird dies Alles rechtzeitig erledigt, dann wird auch die Wahlagitation im künftigen Jahre glatter gehen; dann werden sich Arbeiter, wird sich das Geld zur Beschaffung größerer Quanten von Aufrufen, zu Porto zwecken, zu Zwecken der Anfertigung von Wählerlisten finden, ohne welche man sich bisher gänzlich beholfen hat, da dies eine kostspielige Sache ist, die jedoch unentbehrlich ist, um an jeden Wähler herantreten zu können. Dann wird ferner das Geld zur Engagierung von Kurieren und Wagen vorhanden sein.

Aus Nr. 84 der Gazeta Gdańska
vom 22. Juli 1897:

Ein zweites wichtiges Urtheil

ist in der vorigen Woche in Berlin gefällt worden, und zwar zu unsern Gunsten. Es handelt sich um die deutsche Uebersetzung von polnischen Theaterstücken, die gewöhnlich die Polizeibehörden in den einzelnen Ortsgemeinden von unseren Vereinen bei Veranstaltung von Liebhaber-Theatervorstellungen verlangt haben. Auch diese Angelegenheit gelangte vor das Oberverwaltungsgericht in Berlin, welches dahin erkannt hat, daß die Polizei nicht das Recht habe, die deutsche Uebersetzung zu verlangen. Wie viel Geld ist doch schon zu der, von der Polizei geforderten Uebersetzung von Theaterstücken verbraucht worden! Könnte man nicht auf Grund obigen Erkenntnisses auf dem Klagewege die Rückerstattung der Kosten verlangen, selbstverständlich, insoweit die Sache nicht verjährt ist? Vielleicht würde einer unsrer Rechtsgelehrten die Sache aufklären?

Aus Nr. 167 der Gazeta Toruńska
vom 25. Juli 1897:

Zu den Angaben der Danziger Allgemeinen Zeitung

betreffend das zahlenmäßige Verhältniß zwischen deutschen und polnischen Geistlichen u. s. w. im Osten der Monarchie bemerkt die Gazeta Toruńska:

„Obige Ziffern, welche aus einer Quelle herkommen, welche man wohl kaum der Parteilichkeit zu unsern Gunsten im Verdacht haben kann, thun dar, daß die Polen sogar auf kirchlichem Gebiet im

Nachtheil sind. In allen Provinzen sind der deutschen Geistlichen im Verhältniß zur Bevölkerung zuviel. Besonders auf Propsteien und in höheren Stellungen sind die Polen stiefmütterlich behandelt. So müßten z. B. in Westpreußen, wo die Zahl der katholischen Polen einige Mal größer ist, als die Zahl der Deutschkatholiken, gerechter Weise auf einen deutschen mehrere polnische Pfarrer entfallen. Indes kommt unter den Vikaren die Zahl der Deutschen der der Polen gleich, unter den Präpsten sind schon mehr Deutsche als Polen und in den höheren geistlichen Stellungen entfallen auf einen Polen zwei Deutsche. Ein Deutscher ist vor Allen der Oberste in der Diözese, ein Deutscher Generalvikar, ein Deutscher Dompropst, ein Deutscher Regens des Seminars, ein Deutscher Direktor des bischöflichen Progymnasiums, Deutsche der überwiegende Theil der Domherren und der Professoren des geistlichen Seminars. Das sind im höchsten Grade ungerechte Verhältnisse, und auf jeden Fall ist das polnische Element in unserer Diözese auf kirchlichem Gebiet mehr beeinträchtigt, als in irgend einer der Diözesen des russischen Landes. Nun wird man sagen, die Schuld für diese Verhältnisse falle auf die preussische Regierung. Aber mein Gott, die katholische Kirche ist ja keine Staatskirche, in welcher die Regierung absolut herrschte! Es giebt kein geistliches Amt, welches die Regierung dem ausersehenen Kandidaten ohne Ermächtigung der geistlichen Behörde übertragen könnte, und es existirt kein Gesetz, welches deutsche Pfarrer zwänge, Würden und Aemter anzunehmen, die nach Recht und Gerechtigkeit Geistliche annehmen müßten, welche aus dem polnischen Volke herkommen, zum mindesten aber die Sprache dieses Volkes genau kennen und achten und bereit sind, dessen Rechte wahrzunehmen. Wir können die Regierung nicht zwingen, daß sie da, wo sie das Präsentationsrecht hat, polnische Geistliche präsentire, haben aber das Recht zu fordern, daß Pfarreien in rein oder überwiegend polnischen Parochien nicht Pfarrer übernehmen, die da schlecht oder ungern polnisch sprechen, in nationaler und politischer Beziehung aber eine ausgeprägt deutsche Haltung beobachten. Wenn nun ein Geistlicher selbst nicht soviel Gefühl hat, um zu begreifen, daß er in einer Parochie nicht mit Erfolg arbeiten könne, so ist es Sache der geistlichen Behörde, ihn darüber zu belehren, und ihm die Bewerbung um eine solche Pfarrei zu untersagen. Man weiß Mittel und Wege, um die polnischen Pfarrer in der nationalen Arbeit einzuschränken, weshalb sollte man nicht hindern, daß in einer katholischen Diözese solche Pfarrer allzusehr überhand nehmen, welche Lieblinge der nicht katholischen Regierung sind? In jedem Falle haben wir das Recht zu verlangen, daß in der Diözesenverwaltung nicht das antipolnische System zur Herrschaft gelange. Wenn schon die Regierung das von den polnischen Königen überkommene Präsentationsrecht überwiegend zu Gunsten der Deutschen ausübt, so ist es doch Sache der geistlichen Behörde diese Ungerechtigkeit dadurch auszugleichen, daß sie bei Ernennungen, für welche es der Genehmigung der Regierung nicht bedarf, Polen berücksichtigt. Leider behandeln die Deutschkatholiken, je lauter sie von der Regierung Gleichberechtigung mit den Protestanten fordern, desto stiefmütterlicher ihre polnischen Glaubensgenossen überall da, wo sie dies irgend thun können, ohne allzu großes Widerstreben befürchten zu müssen. Man kann sich inbetracht dessen nicht wundern, daß sich der Katholizismus in unsrer Gegend nicht so entwickelt, wie dies zu erwarten wäre, und daß sich in der bis vor Kurzem noch rein katholischen Hauptstadt der Diözese unter den Augen des hochwürdigsten Herrn Bischofs und des erlauchten Kapitals die Abtrünnigkeit vom Katholizismus mehrt und der Protestantismus sein Haupt erhebt. Das ist ein Zeichen der Zeit und eine sehr beredete Warnung.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 28 der Praca (Beiblatt zum Katolik)
vom 20. Juli 1897:

In Düsseldorf fand eine Versammlung des Vereinsvorstandes der großindustriellen Arbeitgeber statt, in welcher die Vertreter von Krupp, von den Fabriken des Jeniks in Ruhrort und Falten in Mühlheim sich für die Verschärfung des Vereins- und Versammlungsgesetzes erklärten. Sie hoben sogar ausdrücklich hervor, daß, obwohl nach dem nackten Wortlaut des Gesetzes die sich mit der Verbesserung der äußeren Lage der Arbeiter befassenden Arbeitervereine nicht politische Vereine seien und auch keinen schärferen Vorschriften unterliegen sollten, dies ein Irrthum sei und das Gesetz schärfer gegen die Arbeitervereine sein müßte. — Die Arbeiter können nun hieraus ersehen, wie gut es die Herren mit ihnen meinen. Am liebsten würden sie sehen, wenn die Arbeiter gar keine Freiheit hätten und wenn sie nicht gemeinschaftlich über ihre Noth berathen dürften. Sie fürchten sich vor der Arbeiterorganisation, denn es könnte sich doch dann ereignen, daß sie den Arbeitern mehr zahlen und sie anders behandeln müßten. Ihrer Ansicht nach wäre es am besten, wenn die Arbeitgeber mit den Arbeitern machen könnten, was sie wollten. Es wäre interessant zu erfahren, ob dieser Versammlung ein Gendarm beiwohnte. Es handelt sich doch um eine politische Angelegenheit, die Polizeibehörde konnte daher von ihrem Ueberwachungsrecht Gebrauch machen. Ferner möchten wir wissen, ob dieser nichtpolitische Verein wegen dieser Versammlung einen Prozeß haben wird, weil er sich mit Politik befaßte und die Versammlung nicht angemeldet und die Vereinsatzungen und die Vereinsmitglieder der Polizei nicht angemeldet hatte. Dies Alles müssen die Arbeitervereine thun, anderenfalls die Strafe keine geringe ist. Der Arbeitgeberverein müßte nach diesen Vorschriften sich gleichfalls richten. Uebrigens haben sich gerade die Arbeitgeber für die Verschärfung des Gesetzes im Sinne der Regierung erklärt, welche an der Vermehrung der deutschen Flotte ein Interesse haben. Einige Blätter behaupten, Baron v. Stumm, der große Fabrikbesitzer in Neunkirchen, habe die Arbeitgeber aufgewiegelt. Bekanntlich ist p. Stumm der größte Gegner der Arbeiterorganisation.

Aus Borsigwerk.

Wir haben hier den Oberingenieur Kunze, der uns nicht in der Weise behandelt, wie es sein müßte. Am 26. Juni kündigte er einem Kiemer die Arbeit und schimpfte denselben in der Werkstätte: Lump, Schuft u., was Zeugen beweisen können. Am 14. Juli wiederholte er die Schimpfworte, erklärte aber, daß er sich seine Papiere nicht zu holen brauche. Möge die Welt erfahren, wie manche Arbeitgeber mit uns umgehen. Ein solcher Beamter denkt, er könne mit uns angeben, was er wolle, ihm sei Alles er-

laubt. Kameraden! Leider schweigt bis jetzt Mancher zu solchen Schimpfworten. Es kommt sogar vor, daß wir mit Stöcken oder mit der Faust geschlagen werden und dazu nichts sagen, Mancher vielleicht noch dem Beamten zu Füßen fällt. Ein solches Verhalten macht uns Schande in höchstem Grade. Die Arbeitgeber und deren Beamte müßten stets daran denken, daß der Arbeiter ebenso, wie sie, ein Mensch ist. Was würden wohl diese Herren dazu sagen, wenn ein Arbeiter in ähnlicher Weise sie beleidigte? Sicherlich würden sie ihn verklagen und das Gericht würde ihn in eine bedeutende Strafe nehmen. Wir Arbeiter können uns dagegen nicht anders schützen, als indem wir von jedem solchen Vorfall der höheren Behörde, dem Arbeitgeber, den Abgeordneten, der Praca, oder dem Gericht Kenntniß geben. Möge nur dieser oder jene Beamte in Strafe genommen werden und gleichzeitig die Zeitungen davon schreiben, so werden die anderen Beamten anders mit uns umgehen. Vor dem Gericht aber möge der Kläger dem Richter erklären, daß Schimpfworte jeden Arbeiter sehr beleidigen und entrüsten. Ich bin jedoch zu der Ueberzeugung gekommen, daß das beste Mittel gegen Schimpfworte und Schläge eine gute und starke Organisation ist.

Sozialdemokratisches.

Aus Nr. 30 der Gazeta Robotnicza
vom 24. Juli 1897:

Markowik, das Rittergut des Oberpräsidenten der Provinz Posen, Freiherrn von Wilamowik.

Auf dem Dominium Markowik sind wir 70 bis 80 Arbeiter bei den Zuckerrüben beschäftigt. Der Verdienst ist sehr klein, obwohl wir in Akkordarbeit angenommen worden sind. Wenn der Sonnabend kommt, erhalten wir 1 Mark 25 Pf. baar, 3 Pfund Kartoffeln, ja es werden sogar einige zugeben, davon können wir so leben, daß die Haut an die Rippen wächst. Schimpfworte und Chikanen hören wir von unseren Aufsehern zur Genüge. Eine Wohnung haben wir gar nicht, sondern schlafen alle zusammen, wie die Schafe, Männer, Frauen und Mädchen. Der Schlafraum bzw. unser Obdach ist eine Bude unter Stroh und inwendig mit Krummstroh gestreut, in welches wir uns, wie die Flöhe, verscharren und schlafen. Man muß wissen, daß in einem solchen Zufluchtsort, in welchem die Menschen beiderlei Geschlechts gemeinschaftlich schlafen, es an Ungeziefer nicht mangelt und manches Aergerniß vorkommt. Wie es scheint, geht das die Wächter der Sittlichkeit gar nichts an, denn von der Kanzel hört man davon nichts, nur wenn ein Arbeiter einen Bund Stroh fortnimmt, dann zittert die ganze Kanzel vom Ausschelten der Diebe.

Einer aus der Bude.